

Betroffene verändern die Welt

Inhalt

Editorial	2
Die Stiftung SOLIFONDS	2
Beitragsversprechen	3
1.-Mai-Aktion	5
Weitere Aktionen	6
Information und Vernetzung	13
Jahresrechnung	14
Kommentar zur Jahresrechnung	14
Bilanz	15
Wie finanziert der SOLIFONDS seine Aktionen	16



Indígenas wehren sich gegen den Raubbau durch Minenkonzerne.

Foto : B. van Besien

In unserem letzten Bulletin haben wir darüber informiert, wie am 28. Juli 2010 Indígenas in Guatemala Geschichte geschrieben haben. Noch vor Mitternacht hatten sich rund 5000 Frauen und Männer aus verschiedenen Landesteilen auf den Weg in die Hauptstadt gemacht, um sich dort gegen sechs Uhr morgens zu besammeln. Eine Demonstration mehr, dachten sich die eben aufgewachten StädterInnen.

Eben nicht: Zwar brach um zehn Uhr ein Demonstrationszug Richtung Parlament auf, aber dann geschah etwas völlig Neues. Die Demonstrierenden reichten Strafklage ein, unter anderem gegen den Präsidenten des Obersten Gerichts, eine bis anhin «unantastbare» Person in Guatemala. Selbstbewusst stellten sie fest, auch er sei nur ein Mensch, und wenn er eine Straftat – in ihrem Fall die Begünstigung von Minenunternehmen – begangen habe, solle er dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Solche Geschichten finden nicht in die Medien, für sie sind sie nicht spektakulär. Für den SOLIFONDS schon, denn es sind diese Geschichten, die von den kleinen Veränderungen erzählen: vom gewonnenen Selbstbewusstsein, von der Überzeugung, den Mächtigen in Staat und Wirtschaft die Stirne bieten zu können, vom Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Und so finden Sie in diesem Jahresbericht eine ganze Anzahl von Beispielen, wie Betroffene in kleinen Schritten die Welt verändern.

Der Jahresbericht zeigt aber auch, dass die Betroffenen auf unsere finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Der SOLIFONDS konnte sie vielen Fällen leisten. Und mehr wäre möglich gewesen, wenn wir nicht einen spürbaren Rückgang bei den Spendeneingängen gehabt hätten. Es sind die Betroffenen, die die Welt verändern, indem sie Machtstrukturen und Ausbeutung bekämpfen. Dafür brauchen sie auch Ihre Unterstützung!

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren».

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, dem Schweizerischen ArbeiterInnenhilfswerk SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern (EvB), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA).

Dem Stiftungsrat gehören an :

SGB : Dan Gallin, Hans Schächli (Präsident), Jean Christophe Schwab;

SPS : Julia Gerber Rüegg, Daniel Gähwiler, Remo Gysin;

SAH : Ruth Daellenbach, Bruno Gurtner, Peter Schrembs;

Mitstifter : Thomas Braunschweig (EvB), Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Barbara Müller (Afrika-Komitee), Stephan Suhner (ASK).

Koordination : Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann.

Buchhaltung : Bruno Hangarter.

Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt».

Das Informationsbulletin erscheint 5mal/Jahr.

Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich

SOLIFONDS,
Quellenstrasse 25, Postfach, 8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37 / Fax 044 272 11 18 /

Liebe Leserin, lieber Leser

Auf den folgenden Seiten berichten wir über die Aktionen, die der SOLIFONDS dank Ihrer Spenden im vergangenen Jahr unterstützen konnte. Einen Schwerpunkt bildeten die Gewerkschaftskämpfe: beispielsweise jener gegen die Massenentlassungen beim multinationalen Unterwäschekonzern Triumph International auf den Philippinen,



Das SOLIFONDS-Büro am SGB-Kongress: Präsident Hans Schächli (rechts), Yvonne Zimmermann und Urs Sekinger.

Foto: J.-J. Magnin

oder jener gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen in Bangladesh, oder den Kampf der SchmucksteinschleiferInnen in Südchina für einen verbesserten Gesundheitsschutz, oder den langen und erbiterten Streik der ArbeiterInnen des Tabakkonzerns Tekel in der Türkei gegen Privatisierung, Entlassungen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Ein zweiter Schwerpunkt lag in der Unterstützung von Kleinbauernfamilien und indigenen Volksgruppen gegen die Enteignung von Land und gegen Vertreibungen – also gegen das, was der Ökonom und Geograph David Harvey die «Akkumulation durch Enteignung» nennt. In der neoliberalen Weltwirtschaft setzen die Konzerne ja nicht nur alles daran, die Kosten zu senken, sondern sie eignen sich zudem die Ressourcen durch Privatisierungen von Land, Wasser und Bodenschätzen an. Bei dieser Aneignung werden keine neuen Werte geschaffen, sondern es wird enteignet und angeeignet, was vorher Kleinbauern oder Indigenen gehörte oder öffentliches Gut war. Wie Sie sicher wissen, sind Multis mit Sitz in der Schweiz wie Nestlé, Glencore oder Xstrata führend an dieser Plünderung der Ressourcen der Länder des Südens beteiligt.

Dank Ihrer Spenden und der namhaften Zuwendungen der Berti Wicke-Stiftung, der Stiftung GlobalLokal, der AG Solidar Sursee sowie des SAH-Personals konnte der SOLIFONDS im Berichtsjahr den Kampf der betroffenen Bevölkerung gegen den Landraub durch Palmölgiganten in Indonesien unterstützen, sowie den Kampf der Kleinbauernbewegung in Paraguay gegen die Sojamonokulturen, denjenigen der Gewerkschaften in Kolumbien oder der indigenen Bevölkerung in Guatemala und Mexiko gegen eine weitere Landaneignung für den Bau von Minen, oder die Forderungen der Ogoni in Nigeria gegen Shell für Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts und der Umweltzerstörungen. Mit Unterstützung des SOLIFONDS startete im September die Initiative der Minenfrauen in Peru, mit einem Netzwerk von Betroffenen den Widerstand gegen das Gebahren des Bergbaukonzerns Glencore zu stärken.

Es fällt auf, dass bei vielen der unterstützten Aktionen Frauen eine zentrale Rolle inne haben. Zum einen, weil sie an den Folgen von Ausbeutung, Landaneignung und Krisen am direktesten und stärksten betroffen sind. Zum andern, weil ihnen nach wie vor grundlegende Rechte verweigert werden.

Was geschehen kann, wenn ein – wohlgermerkt – liberaler Präsident wie Manuel Zelaya sich nicht ausschliesslich für die Vorrechte der korrupten Oligarchie und die auswärtigen Multis einsetzt, sondern demokratische Forderungen der Bevölkerung aufnimmt, hat der Putsch im Juni 2009 in Honduras gezeigt. Die 1.-Mai-Aktion des SOLIFONDS hatte deshalb zum Ziel, den Widerstand der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Honduras zu unterstützen.

Auch im nächsten Jahr sind wir vom SOLIFONDS auf Ihre tatkräftige Unterstützung für den Kampf für soziale Gerechtigkeit und eine wirkliche Demokratie angewiesen.


Hans Schächli, Präsident

Beitragsversprechen 3/2009:

Indonesien: Widerstand gegen Palmölgiganten und die Produktion von Agrosprit

Das dritte Beitragsversprechen vom vergangenen Jahr ging an die älteste indonesische Umweltorganisation, WALHI, und die Bauern von Karang Mendapo zur Unterstützung ihres Kampfes gegen Landraub durch Palmölgiganten. Indonesien ist innerhalb weniger Jahre zum weltgrössten Produzenten von Palmöl aufgestiegen. Im Dorf Karang Mendapo auf der Insel Sumatra holzte der Konzern Sinar Mas mehr als 600 Hektaren des alten Torfwaldes ab, wodurch die Bauern einen Teil ihres Lebensunterhalts verloren. Als die Bauern protestierten, wurden sie Opfer von Einschüchterungen und Misshandlung, und der gewählte Bürgermeister Muhammad Rushdie wurde verhaftet. Nachdem der Prozess gegen ihn an eine höhere Instanz weitergezogen wurde, sprachen die Richter Rushdie von allen Vorwürfen frei. In der Folge hat sich der Konzern Sinar Mas aus dem Dorf zurückgezogen. Dieser Erfolg ist wegweisend für den Kampf vieler indonesischer Bauern und Bäuerinnen gegen den Landraub durch Palmölkonzerne. Vielerorts haben sie in der Folge ihr Land besetzt und ernten die Palmnüsse jetzt selbst. Langfristig wollen sie die Monokulturen wieder in Regenwald umwandeln.

Der Beitrag des SOLIFONDS diente ausser der juristischen Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen auch der Herstellung von Karten, auf denen der Land- und Waldbesitz der Bevölkerung verzeichnet ist. Diese sind ein wichtiges Instrument gegen den Landraub. Ebenfalls wurden in vielen Dörfern Workshops durchgeführt und die BewohnerInnen über ihre Rechte informiert. Mit dem Kauf eines Autos wurde ermöglicht, dass WALHI die Bauern und Bäuerinnen schnell aufsuchen und unterstützen kann, wenn Probleme mit Palmölkonzernen auftauchen. (53'000 Franken)

Beitragsversprechen 1/2010:

Bangladesh: Unterstützung für Mobilisierungen der Textilarbeiterinnen

In Bangladesh arbeiten rund drei Millionen ArbeiterInnen in Textilfabriken, 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Sie arbeiten unter prekären Bedingungen, ihr Lohn – der als weltweit tiefster Industrieloohn gilt – reicht oft nur für die Miete. Arbeiterinnen werden willkürlich entlassen, sie müssen un-

bezahlte Überstunden leisten, arbeiten sieben Tage die Woche und dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren. Die 1995 gegründete Gewerkschaft Garment Workers' Unity Forum (GWUF) setzt sich für einen Existenzlohn sowie für das Recht auf Organisation, auf einen wöchentlichen Freitag und Mutterschaftsurlaub ein. Sie fordert ausstehende Löhne ein und wehrt sich gegen illegale Entlassungen.

Den Protesten von Arbeiterinnen begegnen Unternehmer und Polizei mit massiver Repression: Im Juli/August dieses Jahres wurden die Massenproteste für einen Existenzsichernden Lohn brutal niedergeschlagen und Hunderte Arbeiterinnen verletzt, Gewerkschaftsführerinnen verfolgt, verhaftet und von der Polizei misshandelt. Gegen viele Gewerkschafterinnen wurden missbräuchliche Klagen eingereicht, um die Bewegung zum Schweigen zu bringen. Die GWUF-Präsidentin Mushrefa Mishu, gegen die allein im vorangehenden Jahr 27 solcher Klagen eingereicht worden waren, musste wegen Morddrohungen untertauchen.

Die Arbeit der GWUF besteht auch darin, dass sie für medizinische Behandlung verletzter Arbeiterinnen sorgt und die Arbeiterinnen rechtlich unterstützt. Da die Arbeiterinnen mit dem knappen Lohn oft keinen Mitgliederbeitrag bezahlen können, arbeitet die GWUF unter sehr prekären Bedingungen.

Der SOLIFONDS hat die Arbeit der GWUF mit einem Beitrag für Rechtshilfe, die Herausgabe einer Arbeiterinnenzeitung sowie Reisekosten für die Trainings von Gewerkschaftsaktivistinnen unterstützt. (13'400 Franken)

Paraguay: Die Organisation der Kleinbauern stärken

Die Wahl des Reformers Lugo zum Präsidenten 2008 hat den Volksorganisationen in Paraguay Auftrieb gegeben, wenngleich die oligarchischen Kräfte mit ihrer Parlamentsmehrheit weiterhin die Politik im Wesentlichen bestimmen. Die Kleinbauernorganisation MAP (Movimiento Agrario y Popular) konnte ihre Mitgliederzahl verdreifachen, insbesondere auch den Frauenanteil massiv erhöhen. Anfangs 2010 galt es, diesen Schwung zu erhalten. Dazu fand Ende Februar 2010 der nationale Kongress des MAP statt, der 1'000 Delegierte aus allen Landesteilen zusammengebracht hat. Die grosse Teilnahme aus dem ganzen Land war wichtig, um die Diskussionen und die Entscheide des Kongresses breit abzustützen.

Der SOLIFONDS hat diesen Kongress finanziell unterstützt, weil er in einem politisch wichtigen Moment stattfand und



Indonesische Bauern und Bäuerinnen protestieren gegen ihre Vertreibung durch Palmöl-Konzerne. Foto: WALHI



Mit Gewalt antwortete die Regierung in Bangladesh auf die Forderungen der Textilarbeiterinnen nach einem Existenzlohn. Foto: Archiv

der MAP mit den Kosten überfordert war. Wegen behördlicher Auflagen musste der Kongress im Voraus mehrmals mittels Inseraten in Zeitungen publik gemacht werden. Ein unabhängiger Notar musste die Gültigkeit der Wahlen des Kongresses für die Leitung des MAP bestätigen. MAP bedankt sich denn auch beim SOLIFONDS: «Dank eurer wertvollen Unterstützung ist es uns gelungen, in unserem Kampf einen grossen Schritt vorwärts zu kommen.»

Der Kongress bekräftigte die zweiteilige Landwirtschaftspolitik des MAP. Einerseits besetzen Familien Land, das ihnen früher weggenommen worden war, um wieder eine eigene Existenz aufbauen zu können. Andererseits will der MAP der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zum Durchbruch verhelfen. Dies gegen die industrielle Landwirtschaft, die vor allem Gentech-Soja auf riesigen Ländereien für den Export produziert.

Der Kongress will aber auch das Programm «Geschlechtergleichheit» fortführen. Frauen und Männer nehmen daran teil mit dem Ziel, den Einfluss der Frauen auf die Entwicklung der Organisation und deren Entscheide zu stärken. (4'200 Franken)

Bolivien: Zuteilung von Land sichern

Nachdem eine Gruppe von rund siebenzig landlosen Familien aus dem Hochland Boliviens im vergangenen Jahr per Dekret der bolivianischen Agrarreformbehörden ein Stück Land in der Provinz Beni erhalten hatte, begann sie es zu bebauen, wurde aber mit Waffengewalt von Holzhändlern und Grossgrundbesitzern vertrieben.

Um das Land nicht zu verlieren, mussten die Familien jedoch mit dem Aufbau der Siedlung und dem Bearbeiten des Bodens beginnen. Denn wenn das Land ungenutzt bliebe, würde es die Agrarreformbehörde an andere landlose Familien vergeben. Obwohl das in tropischem Gebiet gelegene Landstück abgelegen und nicht erschlossen war und auf dem Weg dorthin ein Fluss überquert werden musste, stellte die Agrarreformbehörde der neuen Gemeinschaft keine finanziellen Mittel für den Aufbau zur Verfügung. Aufgrund der Erfahrung aus dem Vorjahr entschied die Gruppe, dass nur immer etwa die Hälfte der Familien im Beni arbeiten würde, während die andern das Auskommen am Herkunftsort im Hochland sichern sollten. Das zog Reisekosten nach sich. Ausserdem benötigte die Gruppe Werkzeuge und Zeltplanen. Weil die Hochlandbauern und -bäuerinnen keine Erfahrung in ökologischer tropischer

Landwirtschaft mitbrachten, plante die Gruppe der Landlosen zudem mehrere Workshops.

Der SOLIFONDS hat die Gruppe der landlosen Familien im Aufbau ihrer Siedlung «Tierra Nueva I» als Teil ihres Landkampfes unterstützt. (14'800 Franken)

Beitragsversprechen 2/2010:

Philippinen: Arbeiterinnen protestieren gegen die Schliessung ihrer Fabrik

Im Sommer 2009 schloss der in der Schweiz domizilierte Unterwäschehersteller Triumph International überraschend zwei Fabriken in den Philippinen und entliess 1663 Arbeiterinnen. Über Monate protestierten Hunderte Arbeiterinnen vor den Fabriken, um zu verhindern, dass die Firma die Maschinenanlagen entfernen konnte, bevor eine Einigung mit der Gewerkschaft BPMTI (Bagong Pagkakaisa ng mga Manggagawa sa Triumph Int'l. Phils. Inc.) erreicht wurde. Die Triumph-Leitung verweigerte jedoch solche Verhandlungen. Nach fast einem Jahr der Proteste vertrieb ein Grossaufgebot von Sicherheitskräften gewaltsam die entlassenen Arbeiterinnen, und eine einstweilige Verfügung verbot Proteste in der Nähe des Fabrikgebäudes. Und: Die Gewerkschaft war plötzlich mit einer horrenden Schadenersatzklage konfrontiert. Dieser Entwicklung lag ein Schachzug des Multis zu Grunde: Triumph hatte der staatlichen Zonenverwaltung in Aussicht gestellt, dass sie fixe Einrichtungen übernehmen könne, wenn sie dafür die beweglichen Gerätschaften abtransportiere und Triumph aushändige. So konnte der Konzern zu seinen Gerätschaften kommen, ohne die Verantwortung für die Räumung der Proteste zu übernehmen. Nun war es die Zonenverwaltung, die gegen die Arbeiterinnen vorging und Schadenersatz für entgangene Mieteinnahmen verlangte.

Druck übte aber auch der Konzern selbst aus: Die meisten Arbeiterinnen, die ein Jahr nach der Entlassung finanziell massiv unter Druck standen und beispielsweise ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken konnten, willigten in eine Abfindungszahlung ein. In der Folge forderte das Triumph-Management die Präsidentin der Gewerkschaft auf, die Klage wegen Verletzung der OECD-Richtlinien zurückzuziehen. Diese Klage hatte die BPMTI gemeinsam mit der thailändischen Triumph-Gewerkschaft beim Wirtschaftssekretariat seco eingereicht, weil die Firma in beiden Ländern Massenentlassungen ohne Einbezug der Gewerkschaften umgesetzt



Das unerschlossene Land erfordert viel Aufbauarbeit, bevor der Landkampf in «Tierra Nueva I» erfolgreich abgeschlossen ist. Foto: MST



Philippinische Textilarbeiterinnen protestieren gegen ihre Entlassungen und starten eine Eigenproduktion zum Überleben. Foto: BPMTI

hatte. Trotz dem Druck des Konzernmanagements haben die Gewerkschaften die Klage nicht zurückgezogen. Zur Unterstützung der Proteste sowie für die juristische Verteidigung gegen die Schadenersatzklage und gegen das Verbot der Proteste in Fabriknähe hat der SOLIFONDS einen finanziellen Beitrag geleistet. (10'000 Franken)

Beitragsversprechen 3/2010:

Peru: Aufbau eines Netzwerks von Gewerkschaften und sozialen Organisationen gegen Glencore

In Peru verläuft der Minengürtel mit der Andenkette von Norden nach Süden durch das ganze Land. Ausländische Bergbau-Konzerne haben flächendeckend Konzessionen erworben. Der Reichtum des Landes an Gold, Zink, Kupfer, Zinn, Silber, Eisen und Blei – zehn Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 2010 – landet über den Weltmarkt als Gewinn in ihren Bilanzen. Flächendeckend zieht sich auch der Gürtel der Armut durchs ganze Land. In den neun Anden-Provinzen, in denen die meisten Mineralien ausgebeutet werden, ist die Armut am grössten. Sie bewegt sich zwischen 52 und 88 Prozent. Reichtum geht, Armut bleibt – Das gilt für alle Länder, deren Wirtschaft von Rohstoffexporten abhängt; für Peru, dessen Regierung die gesamten Bodenschätze an ausländische Bergbaumultis – darunter die Schweizer Konzerne Glencore und Xstrata – verschachert hat, ganz besonders. Peru ist aber auch Beispiel dafür, wie sich die betroffene Bevölkerung gegen die Bergbaukonzerne wehrt. So kämpft die Organisation der Minenfrauen CNMM (Coordinadora de la Mujer Minera) seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Entlassungen in den Bergbauunternehmen des Zuger Rohstoffmultis Glencore. Die CNMM unterstützt aber auch die Bevölkerung von betroffenen Minen-Gemeinden in den aufreibenden Auseinandersetzungen um Abgaben aus den Schürfrechten und für den Schutz der Umwelt. Um der Macht und dem Einfluss von Glencore entschieden entgegenzutreten zu können, schliessen sich jetzt verschiedenen Akteure auf Initiative der CNMM in einem «Netzwerk gegen Glencore» zusammen: Gewerkschaften der Minen- und Hafearbeiter, die die Mineralien fördern und verschiffen, Gemeinden, auf deren Boden die Minen liegen, und natürlich die Minenfrauen, die sich für eine soziale und nachhaltige Minentätigkeit einsetzen.

Die Unterstützung durch den SOLIFONDS hat es möglich gemacht, dass Ende September die Diskussionen mit den verschiedenen Akteuren unter der Führung der CNMM begonnen haben, um das Netzwerk in Gang zu setzen. (18'400 Franken)

1.-Mai-Aktion 2010:

Honduras: Ein Radio für die Volkswiderstandsfront

Auf Einladung des SOLIFONDS weilte rund um den 1. Mai 2010 Carlos H. Reyes, Präsident der honduranischen Gewerkschaft der Getränkeindustrie STIBYS und Vertreter der Volkswiderstandsfront (Frente Nacional de Resistencia Popular FNRP), ein Zusammenschluss von Gewerkschaften, Bauernbewegungen, Menschenrechtsorganisationen, Frauenbewegungen, Indigenas, AfrohonduranerInnen, UmweltaktivistInnen und weiteren sozialen Bewegungen, in der Schweiz. An mehreren öffentlichen Veranstaltungen berichtete er über den Widerstand der Gewerkschaften und Volksbewegungen seit dem Putsch in Honduras. Im Juni 2009 war der demokratisch gewählte Präsident Manuel Zelaya von Militärs entführt und ausser Landes gebracht worden. In «Wahlen» im November 2009, welche in einem Klima von politischer Repression und unterdrückter Meinungsfreiheit stattfanden und breit boykottiert wurden, wurde Porfirio Lobo zum neuen «Präsidenten» erkoren. Seit der Einsetzung dieser illegitimen Regierung gehen Repression und Menschenrechtsverletzungen weiter. Immer wieder werden ExponentInnen von Bauernorganisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen, aber auch JournalistInnen Opfer von Einschüchterung, gewaltsamen Übergriffen und Morden. Dabei besteht eine weitgehende Straflosigkeit für die Täter. Die Widerstandsbewegungen ihrerseits kämpfen unablässig für eine Verfassungsgebende Versammlung, die die Grundlagen für eine tiefgreifende Demokratisierung des Landes legen soll. Bis Mitte September 2010 haben 1,3 Millionen HonduranerInnen – ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung – eine Petition für eine solche Verfassungsgebende Versammlung unterzeichnet. In der Schweiz haben 32 Organisationen in einer vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem SOLIFONDS lancierten Petition vom Bundesrat gefordert, dass er sich für die Menschenrechte in Honduras einsetzt. (Die Petition kann auf der Homepage eingesehen werden.)



«Glencore massakriert meine Rechte». Kundgebung entlassener Minenarbeiter vor der Schweizer Botschaft in Lima. Foto: CNMM



In Honduras sollte das Militär die Bevölkerung zum Schweigen bringen. Doch der Volkswiderstand lebt weiter. Foto: G. Trucchi

Seit dem Putsch sind Medien, die über den Widerstand berichten, immer wieder Angriffen ausgesetzt, allein seit Januar 2010 sind mehrere JournalistInnen gezielt ermordet worden. Die Volkswiderstandsfront hat sich deshalb den Aufbau eines landesweiten Radios des Widerstands zum Ziel gesetzt. Dafür hat der SOLIFONDS die Sammlung rund um den 1. Mai durchgeführt. Bisher konnte das Radio noch nicht realisiert werden, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Übergriffe auf kritische Medienschaffende.

Weitere Aktionen:

China/Schweiz: Delegation von Labour Action China an der Basler Uhren- und Schmuckmesse

Seit fünf Jahren protestieren chinesische SchmucksteinschleiferInnen, unterstützt von SOLIFONDS und Unia, gegen die Teilnahme der Hongkonger Firma Lucky Gems an der Basler Uhren- und Schmuckmesse. Die Proteste haben nun Wirkung gezeigt: Zum ersten Mal in der Geschichte ist 2010 eine Firma von der Messe ausgeschlossen worden.

Viele ArbeiterInnen der Schmucksteinfirma Lucky Gems erkranken wegen fehlender Gesundheitsschutzmassnahmen an der unheilbaren Lungenkrankheit Silikose. Die erkrankten ArbeiterInnen kämpfen deshalb für eine Entschädigung durch die Firma – oft über Jahre. Dies ist alles andere als einfach: Lucky Gems entlässt ArbeiterInnen, wenn ein Verdacht auf Silikose besteht. Wenn die tödliche Krankheit später ausbricht, ist es für die Betroffenen umso schwieriger zu beweisen, dass diese auf ihre Arbeit bei Lucky Gems zurückgeht. Nach jahrelangen Verfahren hat ein chinesisches Gericht in mehreren Fällen entschieden, dass Lucky Gems den erkrankten ArbeiterInnen eine Entschädigung bezahlen muss. Auch nach dem Gerichtsentscheid hat die Firma vorerst mit allen Mitteln versucht, die Zahlungen zu umgehen.

Anlässlich der Basler Uhren- und Schmuckmesse im März waren Weizhong Li und Yonghong Deng, zwei Silikosebetroffene Schmucksteinschleifer, auf Einladung von SOLIFONDS und Unia in der Schweiz zu Besuch, begleitet von Monina Wong von der Hongkonger Arbeitsrechtsorganisation «Labour Action China» (LAC). Letztere unterstützt die SchmucksteinschleiferInnen seit Jahren in ihrem Kampf um

eine Entschädigung. Im Gespräch der Delegation mit der Messeleitung wurde deutlich, dass die Firma Lucky Gems für eine Wiederzulassung an die Messe nicht nur die ausstehenden Entschädigungen bezahlen, sondern auch die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern muss, um weitere Silikosefälle zu verhindern. Mit dem Ausschluss von Lucky Gems hat die Basler Schmuckmesse – nach langem Druck durch Gewerkschaften und SOLIFONDS – ein Exempel statuiert, das auch andere Aussteller an der Messe aufschrecken könnte. Denn Lucky Gems ist längst nicht die einzige Schmucksteinfirma, die sich über Arbeitsschutzmassnahmen hinwegsetzt. (6'700 Franken)

China: WanderarbeiterInnen

Dank einer zweckbestimmten Spende für chinesische WanderarbeiterInnen konnte der SOLIFONDS in den Jahren 2009 und 2010 eine weitere Aktivität von Labour Action China (LAC) unterstützen.

Im südchinesischen Shenzhen, wo die Schmuckindustrie angesiedelt ist, haben ehemalige, an Silikose erkrankte SchmucksteinschleiferInnen – alles WanderarbeiterInnen aus dem Landesinnern – ein Beratungszentrum für Silikoseopfer aufgebaut. Deren Kampf um Entschädigungszahlungen hat im September 2010 einen ersten konkreten Erfolg gezeigt, als die Firma Lucky Gems nach Jahren der Kampagnen und nach mehreren Gerichtsentscheiden Entschädigungszahlungen an eine Anzahl betroffener ArbeiterInnen ausrichtete. Ebenfalls haben ehemalige SchmucksteinschleiferInnen zwei Beratungszentren in ihrer Heimatprovinz Sichuan aufgebaut. Sie unterstützen Familien von zurückgekehrten, an Silikose erkrankten WanderarbeiterInnen mit Rechtsberatung, Kursen und gemeinsamen Treffen. Ausserdem haben sie einen Fonds eingerichtet, der 153 Kindern von erkrankten oder verstorbenen SchmucksteinschleiferInnen den Schulbesuch ermöglicht. (8'700 Franken, der Betrag stammt von der AG Solidar Sursee)

Kolumbien: Mobilisierung und Petitionsübergabe

Die Departamente Cesar und Magdalena im Norden Kolumbiens sind stark vom Bergbau betroffen, darunter von El Cerrejón, der grossen Kohlemine mit Beteiligung des Schweizer Multis Xstrata. Während natürliche Ressourcen abgebaut werden und die lokale Bevölkerung unter der Verschmut-



Monina Wong und die an Silikose erkrankten Schmucksteinschleifer Weizhong Li und Yonghong Deng in Basel. Foto: SOLIFONDS/yz



Gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen in der chinesischen Schmucksteinindustrie. Foto: V. della Picca

zung durch die Minen leidet, fliesst kaum Geld in die Region zurück.

Über die Zeitspanne von rund einem halben Jahr haben Gewerkschaften und Dorfgemeinden in der Region eine Serie von Workshops durchgeführt. Daraus ist ein langer Forderungskatalog an die Behörden entstanden. Die Forderungen umfassen unter anderem, dass grundlegende öffentliche Dienstleistungen garantiert werden müssen, so etwa der Zugang zu Trinkwasser, ein Abwassersystem oder die Abfallsorgung. Der «Frente común, obrero, campesino, popular y comunitario» fordert weiter, dass sich die Behörden dafür einsetzen, dass die Unternehmen das Recht der ArbeiterInnen auf Protest und auf gewerkschaftliche Organisation respektieren und Sicherheitsnormen bei der Arbeit einhalten. Für eine neu geplante Mine im Departement Cesar muss die betroffene Bevölkerung konsultiert und in die Entscheidung miteinbezogen werden. Der Gewerkschaftsdachverband FUNTRAENERGETICA (Federación Unitaria de Trabajadores Mineros, Energéticos, Metalúrgicos, Químicos y de Industrias Similares) hat den Forderungskatalog am 11. Dezember 2009 mit Mobilisierungen den Behörden in den Departementshauptstädten von Cesar und Magdalena überreicht. Der SOLIFONDS hat ihn darin unterstützt. (4'000 Franken)

Nigeria: Proteste für eine andere Erdölpolitik

Die Lage der Bevölkerung im erdölreichen Nigerdelta ist sozial und ökologisch katastrophal. Vor fünfzig Jahren wurden in diesem fruchtbaren und fischreichen Flussdelta grosse Erdölvorkommen ausgemacht und seither ausgebeutet; mit katastrophalen sozialen Folgen für die ansässige Bevölkerung der Ogoni und für die Umwelt. Seit den 1980er Jahren leistet die Bevölkerung Widerstand gegen diese Entwicklung, an vorderster Stelle Ken Saro-Wiwa. 1995 wurden er und acht Mitstreiter hingerichtet. Sie waren in einem unhaltbaren Gerichtsverfahren der Ermordung von drei Häuptlingen schuldig gesprochen worden. Im Interesse der Ölmultis (Shell) sollte so der Widerstand gebrochen werden. Dies gelang nicht. Bis heute fordert die Bevölkerung des Nigerdeltas – organisiert im Ogoni Solidarity Forum (OSF) – Autonomie und den Hauptanteil an den Öleinnahmen zur Entwicklung ihrer Region. Da die Ausbeutung des Ölreichtums Hand in Hand mit der weit verbreiteten Korruption geht, kämpft das OSF zusätzlich gegen die Machenschaften der lokalen und nationalen Regierung.



Das Ogoni Solidarity Forum in Nigeria fordert die Umverteilung der Erdöleinkünfte und Demokratie. Foto: OSF

In der Woche vom 10. November, dem Tag, an dem Ken Saro-Wiwa und seine Mitstreiter hingerichtet wurden, erinnert das OSF jedes Jahr an den Widerstand und die Forderungen der betroffenen Menschen im Delta: eine Wirtschaftspolitik zugunsten der Bevölkerung, die Umverteilung der Öleinkünfte und Demokratie statt Korruption. Dank der Unterstützung des SOLIFONDS konnten im November 2009 die Manifestationen in grösserem Rahmen durchgeführt werden. Das OSF sieht einen Erfolg darin, dass die vorgesehene Wiederaufnahme der Ölförderung im Delta sistiert wurde, dass es gelang, die Kampagne unter Einbezug verschiedener Organisationen breit abzustützen und dass die Regierung in Aussicht stellte, dass mehr Gelder aus der Ölförderung in die betroffene Region fliessen sollen. (15'300 Franken)

Türkei: Streik von entlassenen ArbeiterInnen des Tabakkonzerns Tekel

Vor rund zwei Jahren verkaufte der türkische Staat den ihm gehörenden Tabakkonzern Tekel an den britisch-amerikanischen Tabakkonzern BAT. Bald zeitigte dies schwer wiegende Folgen: Die rund 12'000 ArbeiterInnen sollten ihre festen Anstellungen verlieren. Der türkische Staat bot ihnen als Ersatz nur unsichere saisonale Arbeitsverhältnisse an. Dies bedeutete unter anderem: keine Krankenversicherung, keinen Mutterschaftsurlaub, keine Lohngarantie, keine Ferienansprüche und keine gewerkschaftlichen Rechte mehr. Dagegen trat die grosse Mehrheit der Belegschaft in den Streik, teilweise verknüpft mit einem Hungerstreik. Viele der ArbeiterInnen protestierten in Ankara in Zelten und fanden die Sympathie grosser Teile der Bevölkerung. Der türkische Staat begegnete den Streikenden mit massiven Drohungen und Gewalteininsatz. Einen Erfolg bezüglich der neuen Arbeitsverträge konnten die Streikenden im April vor Gericht erzielen, was ihnen Luft für acht Monate verschaffte. Die Auseinandersetzung geht weiter.

Das Schicksal der Tekel-ArbeiterInnen ist beispielhaft für die Privatisierungspolitik in grossen Teilen der Welt. Unzählige Menschen verlieren jede Sicherheit. Deshalb entstand eine breite Solidaritätsbewegung in der Türkei und in verschiedenen europäischen Ländern. In diesem Zusammenhang überbrachte eine Kollegin der UNIA Basel den Streikenden eine Spende des SOLIFONDS, mit der das Essen für 3'000 Streikende während zwei Tagen bezahlt werden konnte. (5'000 Franken)



Hungerstreik der türkischen Tekel-ArbeiterInnen gegen ihre Entlassungen und die Prekarisierung ihrer Arbeit. Foto: REUTERS/U. Bektas

Algerien: Forum unabhängiger Gewerkschaften

Auf Einladung der algerischen Gewerkschaft der Angestellten der öffentlichen Dienste SNAPAP fanden sich am 14. und 15. Mai VertreterInnen unabhängiger Gewerkschaften aus Ägypten, Tunesien, Marokko, Mauretanien und dem Senegal zum ersten maghrebischen Gewerkschaftsforum in Algerien ein. Die Berichterstattung aus den einzelnen Ländern zeigte, dass es mit der Gewerkschaftsfreiheit in allen Ländern schlecht bestellt ist. Schlagendes Beispiel lieferten gleich die algerischen Behörden: SNAPAP hatte seit längerem von einer Privatperson Versammlungsräumlichkeiten gemietet, das «Gewerkschaftshaus». Am 13. Mai erhielt der Vermieter von den Gemeindebehörden mitgeteilt, dass er das «Gewerkschaftshaus» schliessen müsse. Grund: Es kämen dort junge Männer und Frauen zusammen, es sei lärmig und ausserdem würden Versammlungen mit AusländerInnen abgehalten, ohne dass die dafür nötige Bewilligung vorhanden sei. Aus Angst leistete der Vermieter der Anordnung sofort Folge. Das Forum konnte dann doch durchgeführt werden: in den Räumlichkeiten der sozialistischen Partei FFS.

An dem zweitägigen Treffen berichteten die Delegierten über die Verfolgung und Unterdrückung der autonomen Gewerkschaften in ihren Ländern. Sie unterstützten die Forderung der Frauenorganisationen in den Maghrebstaaten nach Gleichberechtigung. Ausserdem wurde anhand des algerischen Beispiels aufgezeigt, wie die Bevölkerung unter der Teuerung in allen Lebensbereichen leidet, als Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, der Privatisierungen und des Ausverkaufs der Ressourcen. Schliesslich kritisierte das Forum die gewaltsame Unterdrückung von sozialen Protesten und Streiks in allen Ländern.

Die unabhängigen Gewerkschaften im Maghreb geben deswegen aber nicht auf. Bereits ist ein nächstes Gewerkschaftsforum in Marokko geplant, dem dann eines in Mauretanien folgen soll. (11'600 Franken)

Philippinen: Kampf gegen Straflosigkeit beim Maguindanao-Massaker

Im November 2009 wurde in der philippinischen Provinz Maguindanao ein Massaker verübt, bei dem 57 Personen grausam ermordet wurden, unter ihnen 32 Medienschaffende und 2 Anwältinnen. Die Opfer hatten einen Konvoi beglei-

tet, der sich auf dem Weg befand, um die Kandidatur eines Oppositionspolitikers für die Gouverneurswahlen der Provinz anzumelden. Hinter dem von langer Hand geplanten Massaker stand mutmasslich der machthabende Clan der Ampatunans in Mindanao, lange Zeit ein Verbündeter der Regierung Arroyo.

Um gegen die Verantwortlichen und die Täter des Massakers sowie die sich darin widerspiegelnde Kultur der Straflosigkeit vorzugehen, bat die Vereinigung der Anwältinnen und Anwälte in Mindanao (Union of Peoples' Lawyers in Mindanao – UPLM) den SOLIFONDS um einen finanziellen Beitrag für Transport-, Lebensmittel- und Dokumentationskosten für die juristische Unterstützung der Opfer. Die UPLM, die ihren Hintergrund in der Zeit der Marcos-Diktatur hat, als sich die AnwältInnen für die Wiedereinführung demokratischer Rechte und für die faire Behandlung und Freilassung politischer Gefangener einsetzten, leistet unentgeltliche Rechtsunterstützung für Bauern und Bäuerinnen im Bereich Landrechte, für Frauen gegen sexuelle Gewalt, für Indigene, die sich gegen Minenprojekte in ihrem Lebensgebiet wehren, für MenschenrechtsaktivistInnen sowie für ArbeiterInnen in Arbeitskonflikten. Seit einem Jahr unterstützt die UPLM die Angehörigen der Opfer des Maguindanao-Massakers, setzt sich für eine Verurteilung der Täter und der Verantwortlichen ein und fordert eine unabhängige Untersuchung der Beteiligung von Polizei, Militär und staatlichen Behörden. Zehn Monate nach dem Massaker waren 17 Mitverschwörer angeklagt, gegen zahlreiche Täter waren Haftbefehle erlassen worden. Der Prozess gegen die Verantwortlichen des Ampatuan-Clans kommt jedoch nicht voran: Durch über 100 eingereichte Beschwerden ist er blockiert. Gemäss UPLM sind mehrere ZeugInnen umgebracht worden, und Bestechungszahlungen haben dafür gesorgt, dass Angehörige von Opfern keine Aussage machen. (3'500 Franken)

Kolumbien: Frauen in den Gewerkschaften stärken

In der kolumbianischen Region Valle del Cauca sind etwas mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder Frauen. Unter diesen finden sich insbesondere viele Lehrerinnen und Angestellte des Gesundheitssektors, jedoch auch viele Arbeiterinnen sind vertreten, denn viele Unternehmen stellen vermehrt Frauen an – und bezahlen ihnen für die gleiche Arbeit weniger Lohn als Männern.



Unabhängige GewerkschafterInnen aus den Maghrebstaaten setzen sich gemeinsam für Demokratie ein. Foto: SNAPAP



Angehörige von Opfern des Maguindanao-Massakers verlangen Aufklärung und ein Ende der Straflosigkeit. Foto: REUTERS/R. Ranoco

Die hohe Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen widerspiegelt sich nicht in den Führungsgremien der Gewerkschaften. In der Leitung des gesamt-kolumbianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT findet sich unter 21 Mitgliedern gerade eine Frau, im regionalen Gewerkschaftsverband CUT-Valle del Cauca sind es 4 Frauen von 15 Mitgliedern der Gewerkschaftsführung. Frauenförderung wird wenig thematisiert und es werden keine Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt. Damit Frauen besser in der Entscheidungsfindung vertreten sind und ihre Sichtweise und spezifischen Anliegen in die Planung von Kampagnen und Aktionen einfließen, hat das Frauendepartement des Gewerkschaftsdachverbandes CUT-Valle del Cauca beschlossen, weibliche Mitglieder mit einer Reihe von Seminarien gezielt zu fördern und in die Führungsgremien nachzuziehen. «Denn es macht uns Sorgen, dass noch immer eine grosse Geschlechterungleichheit in der Gewerkschaftsführung besteht. Wir wollen speziell zum Empowerment von Frauen beitragen», schrieb das Frauendepartement in einem Brief. Die mit Unterstützung vom SOLIFONDS durchgeführten Seminarien richten sich an hundert Gewerkschaftsaktivistinnen aus allen Einzelgewerkschaften. Die Teilnehmerinnen erhalten eine grundlegende Ausbildung in den Themen Gewerkschaftsarbeit, Arbeitsrechte und spezifische Rechte von Frauen sowie in der Kommunikation. (6'200 Franken)

Kolumbien: Treffen von Frauen und Völkern Amerikas gegen die Militarisierung

Kolumbien ist Schauplatz einer wachsenden Militarisierung, die nicht nur das Land, sondern den ganzen Kontinent betrifft – Beispiel dafür sind die sieben neuen US-Militärbasen in Kolumbien. Frauen sind von der Militarisierung und Paramilitarisierung der Gesellschaft besonders betroffen. Übergriffe, Vertreibungen, sexuelle Gewalt sowie Verletzungen von Frauenrechten sind Bestandteil des bewaffneten Konflikts. Dabei besteht eine praktische Straflosigkeit für die Täter.

Die «Frauenbewegung gegen Krieg und für den Frieden» in Kolumbien – ein Zusammenschluss von über vierzig Organisationen aus verschiedenen Regionen – hat im August 2010 gemeinsam mit einer grossen Zahl von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu einem «Treffen von Frauen und Völkern Amerikas gegen die Militarisierung» aufgerufen. Das Treffen mit 3500 Teilnehmerinnen setzte sich zum Ziel, die

Frauenbewegungen gegen die Militarisierung zu stärken und zu vernetzen. Das Treffen war ein Eckpunkt in einem mehrjährigen Prozess. Im Jahr 2009 hatte die Bewegung Treffen mit Basisaktivistinnen durchgeführt und ihre Erfahrungen aus den lokalen und regionalen Aktivitäten gegen die Militarisierung zusammengetragen. Mit dem Treffen im August 2010 sollten die Frauenbewegungen gegen Militarisierung und Krieg sichtbar gemacht und besser vernetzt werden; ebenso wie ihre Forderung nach einer Verhandlungslösung des Konflikts, in welcher es nicht lediglich um ein Ende der Waffengewalt gehen darf, sondern eine gesellschaftliche Transformation zentral ist. Für 2011 schliesslich sind symbolische, öffentliche Tribunale von Frauen gegen die Militarisierung vorgesehen. Die Forderungen nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Schadenersatzzahlungen für zugefügtes Leid werden dadurch öffentlich debattiert. 2012 schliesslich soll eine in diesem Prozess erarbeitete, gemeinsame Friedensagenda sozialisiert werden.

Der SOLIFONDS hat mit einem finanziellen Beitrag die Teilnahme von 35 Frauen aus der stark vom Konflikt betroffenen Region Nariño am «Treffen von Frauen und Völkern Amerikas gegen die Militarisierung» ermöglicht. (7'400 Franken)

Guatemala: indigene Bevölkerung von San Miguel Ixtahuacán gegen Minentätigkeit

Seit 1996 sind Bergbauunternehmen im Departement von San Marcos aktiv und kümmern sich in keiner Weise um die – in der ILO-Konvention 169 festgehaltenen – Ansprüche und Rechte der indigenen Bevölkerung. Die Häuser der AnwohnerInnen werden durch die starken Explosionen zerstört, das Wasser verschmutzt und viele Menschen kämpfen deswegen mit gesundheitlichen Problemen. Die Regierung ignoriert den Entscheid der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte CIDH vom Mai 2010, der die vorläufige Suspendierung der Bergwerkarbeiten verlangt. Dagegen protestierte die betroffene Bevölkerung am 28. Juli vor dem Parlament und reichte beim Obersten Gericht eine Klage ein – gegen den Präsidenten eben dieses Gerichts, weil er sich bei der Vergabe der Konzessionen und Landrechte nicht an das Gesetz gehalten habe. «Zum ersten Mal in der Geschichte der guatemaltekischen Justiz hat eine indigene Gemeinde Strafklage gegen einen transnationalen Konzern, die Zulieferfirmen im Land und deren Repräsentanten eingereicht. Dabei kümmerten sie sich nicht darum, ob



Frauen protestieren gegen die Militarisierung und die neuen US-Militärbasen in Kolumbien. Foto: ZVG



Gegen Zerstörung durch den Bergbau: Indigenas fordern die Respektierung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Rechte. Foto: B. van Besien

es sich um eigentlich unberührbare Personen handelte, wie den Präsidenten des Obersten Gerichts. Es sind Menschen, sie haben das Gesetz gebrochen und deshalb sollen sie angeklagt werden.» So die Pastorale Kommission in ihrem Bericht. Bei den Medien in Guatemala schlug dies wie eine Bombe ein.

Einen Erfolg konnte die Aktion bereits verzeichnen. Anfangs August ordnete die Staatsanwaltschaft die vorläufige Unterbrechung der Minentätigkeit an. Es wird jetzt darum gehen, dass die betroffenen indigenen Gemeinden den Druck aufrechterhalten können und die nötige internationale Unterstützung erhalten. Es ist zu hoffen, dass ihnen dabei die Unterstützung durch die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú hilft, die die Klagen mitunterzeichnet hat. Der SOLIFONDS hat mit der Übernahme von Reisekosten die Mobilisierung unterstützt. (8'600 Franken)

Thailand: internationale Solidaritätskampagne

Im April ging das thailändische Militär mit äusserster Brutalität gegen die «Rothemden» der Volksallianz für Demokratie (PAD) vor mit 88 Erschossenen und 2000 Verletzten. 40 «RädelsführerInnen» wurden verhaftet und gegen rund 400 Personen sind Haftbefehle erlassen worden. Zahlreiche Oppositionelle sind untergetaucht oder ins Ausland geflohen.

Während die Medien den Konflikt vereinfachend als eine Auseinandersetzung zwischen «Gelb-» und «Rothemden» darstellen, mithin als Konflikt zwischen den alten monarchistischen und den neuen populistischen (Thaksin) Kräften, wird nicht darauf eingegangen, dass breite Bevölkerungskreise und Volksorganisationen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Die «Internationale Solidaritätskampagne mit dem Volk in Thailand» will diesen Kampf unterstützen und verhindern, dass mit einer weiteren Militärdiktatur die alte ungleiche Ordnung aufrechterhalten bleibt.

Politisch fordert die Kampagne eine grundlegende Demokratisierung des Landes. Dazu gehören die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands, die Rückkehr der Armee in die Kasernen, Organisations- und Redefreiheit, Gerechtigkeit für die Opfer der Proteste vom April, eine unabhängige internationale Untersuchung der Gewalttaten während der Proteste, sofortige, unabhängige Wahlen, die Aufhebung der Gesetze über die Majestätsbeleidigung. Im Rahmen der Solidaritätskampagne wurde unter anderem die Protestschrift

«Weshalb ich den König nicht liebe?» (in Englisch auf der SOLIFONDS-Homepage abrufbar) übersetzt, gedruckt und verteilt. Wie brisant dieses Schreiben ist, zeigt die Tatsache, dass kurz nach Erscheinen der Schrift die Polizei die Druckerei stürmte und durchsuchte. Allerdings waren die Kopien bereits in Sicherheit. Die Protestschrift stösst auf grosses Interesse unter den demokratischen Kräften in Thailand. Allerdings hat sie auch tiefgreifende Auswirkungen für die Autorin. Ihr droht ein Verfahren wegen «Beleidigung des Königs», mit einer mehrjährigen Gefängnisstrafe als Folge. Somit ist es ihr verwehrt, nach Thailand zurückzukehren. Der SOLIFONDS hat einen Unterstützungsbeitrag an die Solidaritätskampagne geleistet. (15'300 Franken)

Mexiko: Versammlung von Umweltbetroffenen

Die «Versammlung von Umweltbetroffenen» (Asamblea Nacional de Afectados Ambientales) ist ein nationaler Zusammenschluss von lokalen Organisationen, die gegen die negativen Auswirkungen von Grossprojekten (Minen, Staudämmen, Autobahnen) auf ihre Gemeinden und die Umwelt kämpfen. So fand beispielsweise die fünfte Versammlung in Veracruz statt, wo es um die immensen Schweinemästereien ging, von denen sich die Schweinegrippe international ausbreitete.

Die sechste Versammlung fand nun am 11. und 12. September 2010 in Magdalena im Valle de Ocotlán, rund 50 Kilometer südlich von Oaxaca statt. Die kanadische Bergbaufirma Fortuna Silver hat in der dortigen Gegend von der korrupten Regierungspartei PRI Schürfrechte für zwei Minen erhalten. Während sich die Mehrheit der Gemeinde der Minentätigkeit widersetzt, hat der PRI-Gemeindepräsident einen Teil der Bevölkerung mit Landkäufen, Vergabe von Arbeitsplätzen und Bestechung auf seine Seite gezogen.

Ziel der «Versammlung von Umweltbetroffenen» in Magdalena war es, den Widerstand der Bevölkerungsmehrheit gegen das Minenprojekt zu stärken. Kurz zuvor, im Sommer 2010, hatte die PRI den Gouverneursposten an die geeinte Opposition verloren und die EinwohnerInnen von Magdalena haben grosse Hoffnung, dass sie mit ihrem Anliegen bei der neuen Regierung auf offene Ohren stossen würden, um das Minenprojekt zu stoppen.

Aus 15 mexikanischen Teilstaaten trafen Delegierte in Magdalena ein und diskutierten die Grossprojekte, von denen sie



Scharf bewachte «freie» Wahlen in Thailand zur Bestätigung der alten oligarchischen Ordnung. Foto: Archiv



Aus ganz Mexiko reisten Betroffene an, um den Widerstand gegen Megaprojekte zu vernetzen und zu stärken. Foto: ANAA

betroffen sind. Gleichzeitig bestärkten sie sich gegenseitig in ihrem «Kampf für Leben und Umwelt». Als konkretes Resultat tragen sie ihren Protest im November nach Cancún, wo die Folgekonferenz des Kopenhagener Weltklimagipfels tagt. Die Unterstützung des SOLIFONDS wurde für Ausgaben für Strom, Kopien und Infrastruktur gebraucht. (5'100 Franken)

Südafrika: Rechte für die Hausangestellten

Mit der Gewerkschaft der Hausangestellten SADSAWU steht der SOLIFONDS seit Jahren in Kontakt und hat verschiedentlich ihre Aktivitäten unterstützt. Myrtle Witbooi, Generalsekretärin von SADSAWU, ist kürzlich zur Vorsitzenden des internationalen Netzwerks der Hausangestellten gewählt worden, das die Ausarbeitung einer ILO-Konvention für die Hausangestellten begleitet.

In Südafrika hat SADSAWU durch die unermüdliche Gewerkschaftsarbeit politisches Gewicht erhalten und am vergangenen 24. August vor dem Parlament zur Überarbeitung des Arbeitsgesetzes und den Forderungen der Hausangestellten gesprochen. Daraufhin musste SADSAWU diese Forderungen innerhalb eines Monats der zuständigen Kommission schriftlich unterbreiten. Dazu organisierte die Gewerkschaft am 12. September einen Workshop mit 75 Hausangestellten. Dabei wurden ein Praxis-Handbuch über die Rechte von Hausangestellten vorgestellt, die Forderungen bezüglich des Arbeitsgesetzes diskutiert und in einem Dokument zuhanden der Parlamentskommission verabschiedet. Wegen der schlechten Bezahlung der Hausangestellten und der isolierten Arbeitsplätze kann SADSAWU nur geringe eigene Mittel aufbringen. Der SOLIFONDS hat deshalb die Auslagen für den Workshop und den Broschürendruck übernommen. (2'600 Franken)

Peru: Rechtshilfe für entlassene TextilarbeiterInnen

Am 8. Juni 2010 lancierte die Gewerkschaft der Textil- und ChemiarbeiterInnen des Industrieunternehmens ARIS (Sindicato de Trabajadores Textiles y Químicos de Aris Industrial) einen unbefristeten Streik, um ihren Forderungen, u.a. nach höherem Lohn, Nachdruck zu verleihen. Nach 16 Streiktagen wurde eine gütliche Einigung mit dem Arbeitgeber gefunden.



Immer wieder lautstark die Arbeitsrechte einfordern: Südafrikanische Hausangestellte lassen sich nicht klein kriegen. Foto: SADSAWU

Trotzdem entliess ARIS die gesamte Gewerkschaftsführung und 26 Gewerkschaftsmitglieder, insgesamt 39 Arbeiterinnen und Arbeiter. Hierauf reichte die Gewerkschaft gegen ARIS Klage ein, weil das Unternehmen damit peruanisches Arbeitsrecht wie auch ILO-Normen verletze. ARIS ihrerseits hat die Streikenden wegen illegaler Arbeitsniederlegung eingeklagt.

Gemäss peruanischem Gesetz müssen die Klagen und Gegenklagen von ausgebildeten JuristInnen eingereicht werden. Konkret heisst das, dass 39 Klage- und Gegenklageschriften verfasst werden mussten. Ausserdem waren die 39 angeklagten ArbeiterInnen zu polizeilichen Einvernahmen vorgeladen. Die Gewerkschaft befürchtete, dass bei diesen Einvernahmen Widersprüche bei den Aussagen der einzelnen ArbeiterInnen provoziert werden sollten. Um dies zu vermeiden, setzte sie sich dafür ein, dass bei den Einvernahmen die AnwältInnen dabei waren.

Dieser aufwändige juristische Prozess brachte Kosten mit sich, die die Möglichkeiten der Gewerkschaft überstiegen. Der SOLIFONDS leistete deshalb eine Unterstützung für Rechtshilfe. Noch ist kein Entscheid des Arbeitsgerichts gefallen, aber die Gewerkschaft ist zuversichtlich, dass die Entlassungen unrechtmässig waren und das Unternehmen die ArbeiterInnen wieder einstellen muss. (10'500 Franken)

Zimbabwe: Junge Frauen mobilisieren

In Zimbabwe wird eine neue Verfassung ausgearbeitet, nach deren Annahme Neuwahlen durchgeführt werden sollen. Diesen Prozess nimmt das «Young Women African Leaders Movement» (YWALM) zum Anlass, um landesweit junge Frauen zu mobilisieren, damit sie für mehr Rechte für die Frauen in der Verfassung und eine grössere politische Partizipation einstehen. Junge Frauen werden benachteiligt, indem ihnen der Zugang zu Bildung und bezahlter Arbeit stark erschwert wird. Ausserdem sind sexuelle Übergriffe beinahe an der Tagesordnung, und von den politischen Prozessen sind die Frauen weitgehend ausgeschlossen.

In einem ersten Schritt organisierte YWALM deshalb im September und Oktober 2010 Treffen von jungen Frauen in allen zehn Provinzen des Landes, an denen die Teilnehmerinnen ihre Wünsche und Forderungen einbringen konnten. Deren wichtigste sind: Bildung für Mädchen, Landrechte für Frauen, generell Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen



Junge Frauen wollen in Zimbabwe aktiv an politischen Prozessen teilhaben und verlangen gleiche Rechte. Foto: REUTERS/H. Burditt

(Kredit) und politischen Ämtern. Weiter fordern die Frauen ein Verbot der Verheiratung junger Mädchen. Es brauche aber auch ein anderes Denken der Männer und der Frauen, die noch selbst zu oft ihren Ort in der Küche sähen. Diesbezüglich waren die Treffen ein grosser Erfolg, beteiligten sich doch rund 3'200 junge Frauen aktiv. Und es gelang darüber hinaus auf lokaler Ebene, politische Meinungsführer und traditionelle Älteste in die Diskussion miteinzubeziehen. Der Forderungskatalog ist an zahlreiche Jugendverbände und Frauenorganisationen, an alle politischen Parteien, die zuständigen Ministerien und die Kommission für die neue Verfassung weitergeleitet worden. In einem nächsten Schritt will YWALM mit einer grossen Demonstration öffentlich Druck für die Rechte junger Frauen machen. (13'000 Franken, finanziert durch den SAH-Personalsolifonds)

Kolumbien: Rechtshilfe gegen Diffamierungskampagne und Landenteignungen

Die Friedensgemeinde von San José de Apartadó wurde 1997 von 220 Familien gegründet, zu einer Zeit, als in der Region Urabá im Norden Kolumbiens in einer Offensive der Paramilitärs Tausende von LinkspolitikerInnen, GewerkschafterInnen, Bauern und ArbeiterInnen umgebracht wurden. Die Gründung des Friedensdorfes war ein Akt des Widerstands gegen Vertreibung und gegen paramilitärische Gewalt. Die Friedensgemeinde widersetzte sich damit den Plänen von Militärs und Paramilitärs, das an Ressourcen reiche und strategisch bedeutsame Gebiet zu kontrollieren und auszubeuten.

Die Gemeinde hat ihren Widerstand teuer bezahlt: Hinterhalte, Drohungen, Massaker, Vertreibungen, Vergewaltigungen, niedergebrannte Häuser, wirtschaftliche Blockaden, Raub landwirtschaftlicher Produkte, Schiessübungen auf ihre Häuser und Bomben in ihren Feldern – mit der ganzen Kreativität des Terrors versuchen Paramilitärs und Armee, die Friedensgemeinde zum Aufgeben zu zwingen. Trotz allem harren 170 Familien aus.

Ab Frühjahr 2009 sah sich die Gemeinde einer Verleumdungskampagne ausgesetzt. Ein zu den Militärs übergegangener Guerrillero bezichtigte die Gemeinde der Zusammenarbeit mit der FARC-Guerrilla, womit das Ansehen des Friedensprojekts in der nationalen und internationa-

len Öffentlichkeit zerstört werden sollte – und wodurch es zu einer Zielscheibe für Paramilitärs wurde. Um gegen die falschen Anschuldigungen wie auch gegen damit zusammenhängende Landenteignungen juristisch vorzugehen, hat der SOLIFONDS einen Beitrag an die Friedensgemeinde von San José de Apartadó geleistet. In der Folge hat eine von der Gemeinde beauftragte Anwältin Klagen zum Schutz und zur Verteidigung der Gemeinde und bedrohter Einzelpersonen eingereicht. Ebenfalls wurde ein Prozess der Landtitulierung eingeleitet, um Landenteignungen abzuwehren. (15'000 Franken, der Unterstützungsbeitrag wurde uns von der Berti Wicke-Stiftung zur Verfügung gestellt.)

Hongkong: Gewerkschaft für indonesische Hausangestellte

In Hongkong arbeiten rund 235'000 immigrierte Frauen als Hausangestellte. Die meisten von ihnen stammen aus den Philippinen (119'000) und aus Indonesien (108'000). Ihr Lohn ist zwar gesetzlich festgelegt, doch sie werden häufig von ihren Arbeitgebern schlecht behandelt und von den Vermittlungsagenturen schamlos ausgenutzt. Die Migrantinnen-Gewerkschaft IMWU (Indonesian Migrant Workers Union) kämpft gegen solche Ausbeutungspraktiken sowie gegen staatliche indonesische Regulierungen zum Schaden der Migrantinnen. IMWU informiert ihre Mitglieder zu ihren Rechten, gibt Kurse, zum Beispiel über geltende Arbeitsgesetze, die Rechte von Migrantinnen, Gesundheit und Frauenfragen. Weiter stellt die Organisation eine Zeitung her, die sie auf dem Markt verteilt, um so an viele indonesische Migrantinnen zu gelangen.

Der SOLIFONDS hat in den Jahren 2008-2010 eine Anschubfinanzierung geleistet, um ein Lokal zu mieten und eine bezahlte Sekretariatsstelle zu schaffen. Dies soll es der Gewerkschaft, die bis anhin ausschliesslich auf der Basis von Freiwilligenarbeit funktioniert hat, erlauben, die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoller zu vertreten, neue Mitglieder zu gewinnen und damit auch ein solideres finanzielles Fundament zu schaffen. Aus Schwierigkeiten bei der Visumsbeschaffung für die Koordinatorin von IMWU hat sich der Stellenantritt wiederholt verzögert. (8'700 Franken aus Rückstellungen)



Mit gewaltfreien Mitteln widersteht die Friedensgemeinde in Apartadó Einschüchterungen, Übergriffen und Vertreibungen. Foto: ZVG



Die indonesische Hausangestellten-Gewerkschaft bietet ihren Mitgliedern Ausbildungen an, z.B. im Haarschneiden. Foto: IMWU

Information und Vernetzung

movendo-Kurse

Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der Gewerkschaften «movendo» führte der SOLIFONDS im April einen einwöchigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch. Ebenfalls leisteten wir einen Beitrag an der Tagung «Aufbruch in Lateinamerika: soziale Bewegung, Gewerkschaften, Demokratien» sowie in einem Modul zur Arbeit mit Vertrauensleuten.

JUSO Sommercamp

Anhand des Dokumentarfilms «Der grosse Ausverkauf – unsere Welt wird privatisiert» thematisierten wir an einem Workshop die Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaft auf die grosse Bevölkerungsmehrheit in der Dritten Welt und kamen auf verschiedene Widerstandsformen und -kampagnen zu sprechen.

KEESA

Die Arbeit der «Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika» stand im Zeichen der Fussballweltmeisterschaft. In verschiedenen Schweizer Städten organisierte sie die Aufführung des Dokumentarfilms «When the Mountain Meets its Shadow», der die Licht- und Schattenseiten des heutigen Kapstadt sowie das Erbe aus der Apartheidvergangenheit thematisiert. An anschliessenden Diskussionen waren zum Teil die Protagonisten aus Südafrika anwesend, zum Teil weitere mit dem Thema verbundene Gäste. Der Dokumentarfilm kann als DVD beim SOLIFONDS bezogen werden.

MultiWatch

MultiWatch beobachtet seit 2005 die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz, um öffentlich zu machen, wo diese Menschenrechte verletzen und an Konflikten beteiligt sind. Der SOLIFONDS engagiert sich im Vorstand von MultiWatch. Im vergangenen Jahr beteiligte er sich insbesondere an der Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung zur Spionage-Affäre von Nestlé – der Konzern hatte die globalisierungskritische Gruppe attac durch die Sicherheitsfirma Securitas ausspionieren lassen –, an zahlreichen Protestschreiben, sowie an der Erarbeitung eines Dossiers zu bestehenden und geplanten problematischen Bergbauprojekten durch die Firma Xstrata.

NRO-Koordination Kolumbien

Der SOLIFONDS ist Teil der Koordination von Nichtregierungsorganisationen, die in Kolumbien Projekte unterstützen – eine wichtige Stelle der Vernetzung und der gegenseitigen Information.

Besuche

3.-7.10.2009: Wilmer Rikly, Vertreter der Widerstandsfront gegen den Putsch in Honduras, kommt auf Einladung von SOLIFONDS, Zentralamerika-Sekretariat (ZAS) und Red Latinoamericana in die Schweiz und informiert an Veranstaltungen in Zürich, Basel und St. Gallen über die Situation im zentralamerikanischen Land.

18.11.09: Belisario und Nora Domico Domico, Vertreter und Vertreterin der Indigenen Emberá-Katío in Kolumbien, besuchen während einer Rundreise durch Europa den SOLIFONDS.

25.1.10: Biju, Vertreter der indischen Landlosenbewegung Ekta Parishad, trifft sich während seines Aufenthalts in Europa mit dem SOLIFONDS.

10.2.: Besuch von Alba Cruz, Comité del 25 de Noviembre (Oaxaca, Mexiko). Die Rechtsanwältin verteidigt in Mexiko verschiedene Angeklagte der Volksorganisation APPO. Ausserdem erreichte sie die Freilassung von Juan Manuel Martínez, der mit unhaltbaren Argumenten des Mordes am Journalisten Brad Will beschuldigt worden war. Alba Cruz bezahlt dafür einen teuren Preis: Sie wird permanent bedroht.

9.3.: Zusammen mit HEKS, ZAS, Red Latinoamericana, medico international, Unia Zürich und Peace Watch organisiert der SOLIFONDS eine Veranstaltung zur Menschenrechtslage in Honduras. Gäste sind die Menschenrechtsvertreterinnen Bertha Oliva, Jesús Garza und Luis Guillermo Pérez.

16.-23.3.: Auf Einladung von SOLIFONDS und Unia reisen die chinesischen Schmucksteinschleifer Weizhong Li und Yonghong Deng sowie die Leiterin von Labour Action China, Monina Wong, in die Schweiz. Der SOLIFONDS begleitet die Delegation an verschiedene Gespräche, unter anderem mit der Leitung der Schmuckmesse BaselWorld. In Basel findet eine Veranstaltung mit der Unia Nordwestschweiz statt.

13.-14.4.: Asunta Salvatierra, Präsidentin der Landlosenbewegung MST Mujeres Cochabamba, Bolivien, wird von E-Changer in die Schweiz eingeladen. Der SOLIFONDS ist Mitorganisatorin einer Veranstaltungsreihe in zahlreichen Städten.

26.4.-2.5.: Rund um den 1. Mai lädt der SOLIFONDS Carlos H. Reyes, Gewerkschafter und Vertreter der Volkswiderstandsfront in Honduras (FNRP), in die Schweiz ein und organisiert zahlreiche Treffen und öffentliche Veranstaltungen (siehe auch 1.-Mai-Aktion).

6.6.: Sring Atin, die für die Gewerkschaft der indonesischen Hausangestellten in Hongkong IMWU arbeitet, weilt während der ILO-Konferenz in der Schweiz. Sie reist für ein Treffen mit dem SOLIFONDS nach Bern.

8.6.: Carlos Isagani Zarate von der UPLM, einer Vereinigung von AnwältInnen in Mindanao, legt auf seiner Europareise einen Halt in Zürich ein und informiert über die Arbeit der UPLM gegen die Straflosigkeit in den Philippinen.

8.6.: Begleitung eines Vertreters der Wahlbeobachtungskommission in Guinea zu einem Gespräch mit dem EDA (Polit. Abt. II und IV). Er informiert über den Wahlprozess in Guinea und ersucht das EDA um Unterstützung desselben.

21.6.: Anlässlich eines Besuchs beim SOLIFONDS informiert Rajgopal, Gründer der indischen Landlosenbewegung Ekta Parishad, über die Vorbereitungen zum grossen Landlosen-Fussmarsch «Jan Satyagraha», der für 2012 geplant ist.

12.7.: Treffen in Bern mit Junya «Lek» Yimprasert von Thai Labour Campaign. Lek ist eine Aktivistin für Arbeitsrechte in Thailand. Sie hat auch eine Analyse über die politische Situation in ihrer Heimat verfasst, die auf der SOLIFONDS-Website erhältlich ist.

Kommentar zur Jahresrechnung

Wir präsentieren die Jahresrechnung des SOLIFONDS gemäss den Anforderungen der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht mit einem Vorjahresvergleich. Wegen der jährlich wechselnden Unterstützungsaktionen ist dies nur möglich, wenn die Einzelbeträge der Unterstützungsaktionen zu einer Gesamtsumme zusammgezogen werden. Die ausbezahlten Beträge für die einzelnen Unterstützungsaktionen stehen deshalb bei der Beschreibung im Text des Jahresberichts.

Die Rechnung im Überblick

Einnahmen

Einnahmen Stifter- und Mitstifterorganisationen	45'765.00
Einbezahlte Beitragsversprechen	127'694.32
Zweckgebundene Einzelspenden	155'895.20
Zweckgebundene Organisationsspenden	76'650.00
Freie Spenden	90'235.70
Zinserträge	2'837.55
Übrige Einnahmen	3'750.00
Total	502'827.77

Ausgaben

Koordination:	
Personalkosten	175'052.50
Betriebsaufwand	26'324.65
Unterstützungsaktionen:	
Information	41'152.40
Überweisungen Partnerorganisationen	270'688.81
Rückstellungen	20'584.72
Total	533'803.08

Defizit 30'975.31

Falls Sie eine ausführliche Rechnung wünschen, so stellen wir Ihnen eine solche auf Anfrage gerne zu.

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Defizit von knapp 31'000 Franken. Budgetiert war eines von 10'000 Franken. Der Ausgabenüberschuss resultiert im Wesentlichen aus geringeren Einnahmen bei den Beitragsversprechen sowie Einzelspenden (minus Fr. 20'000 gegenüber Vorjahr), damit verbunden kleineren Zuwendungen an die Partnerorganisationen, was sich negativ auf die Gutschriften bei der Projektbearbeitung und der Informationsarbeit auswirkte. Weiter konnte ein Teil der Unterstützungsaktionen noch nicht ausbezahlt werden und wurde zurückgestellt.

**Betriebsrechnung 1. Oktober 2009 – 30. September 2010
(mit Vorjahresvergleich)**

(in CHF)	Rechnung 2009/10	Rechnung 2008/09
Beiträge Stifter	42'000.00	42'000.00
Beiträge Mitstifter	3'765.00	4'815.00
Zinserträge	2'837.55	3'708.70
Personalkosten	- 175'052.51	- 184'581.30
Betriebsaufwand	- 26'324.65	- 27'814.75
Zwischentotal	- 152'774.61	- 161'872.35
20% Projektbearbeitung	52'678.00	+ 48'585.80
./.. Veränderung Lohnrückstellung		+ 8'600.00
Koordination	- 100'096.61	- 104'686.55
Einnahmen Informationsarbeit	1'815.00	700.00
Ausgaben Informationsarbeit	- 41'152.40	- 44'540.22
Einnahmen Konferenz (Jubiläum)		8'025.00
Ausgaben Konferenz (Jubiläum)		- 14'795.50
Einnahmen Recherchierfonds	1'935.00	90.20
Ausgaben Recherchen, Publikationen	0.00	0.00
Zwischentotal	- 37'402.40	- 50'520.52
10% Informationsarbeit Aktionen	21'773.00	+ 22'868.60
Bezug Rückstellung Informationsarbeit		+ 14'808.07
Einlage Rückstellung Recherchierfonds	- 1'935.00	- 90.20
Informationsarbeit	- 17'564.40	- 12'934.05
Unterstützungsaktionen		
Beitragsversprechen	127'694.32	139'421.00
Zweckgebundene Spenden	95'721.10	111'543.05
Unterstützungen an Partnerorganisationen	- 113'864.36	- 157'833.95
Zwischentotal	109'551.06	+ 93'130.10
Projektbearbeitung	- 22'773.00	- 26'447.00
Informationsarbeit	- 11'386.00	- 13'224.00
./.. Veränderung Rückstellungen	- 75'392.06	- 53'459.10
Total Beitragsversprechen	0.00	0.00
Spenden	26'697.50	26'818.45
Ausgaben 1.-Mai-Aktionen	- 2'210.85	- 29'594.25
Zwischentotal	24'486.65	- 2'775.80
Projektbearbeitung	- 442.00	- 5'692.00
Informationsarbeit	- 221.00	- 2'845.60
./.. Veränderung Rückstellungen	- 23'823.65	+ 11'313.40
Total 1.-Mai-Aktion	0.00	0.00
Unterstützungen aus Aktionskasse	- 101'676.40	- 49'910.00
laufende Spenden	33'476.60	9'925.33
Zwischentotal	- 68'199.80	- 39'984.67
Projektbearbeitung	- 20'336.00	- 9'982.00
Informationsarbeit	- 10'166.00	- 4'990.00
./.. Veränderung Rückstellungen	98'701.80	+ 54'956.67
Total Aktionskasse	0.00	0.00
Zweckgebundene Spenden Diverse Aktionen	76'650.00	51'007.50
Ausgaben Diverse Aktionen	- 49'387.20	- 45'737.65
Zwischentotal	27'262.80	+ 5'269.85
Projektbearbeitung	- 9'127.00	- 6'464.80
Informationsarbeit		- 1'809.00
Bezug / Einlage Rückstellungen	- 18'135.80	+ 3'003.95
Total Diverse Aktionen	0.00	0.00
Kleinstunterstützungen	- 3'550.00	- 500.00
Total Unterstützungsaktionen	- 3'550.00	- 500.00
Freie Spenden	90'235.70	+ 91'845.33
Einnahmen aus Legaten		+ 34'715.95
Einlagen Infofonds		- 14'715.95
Einlage Aktionskasse		- 20'000.00
Ertrag Liquidation Paracelsus AG		+ 52'000.00
Diverse Erträge		+ 52'000.00
Gewinn (+) / Verlust (-)	- 30'975.31	+ 25'724.73
Gewinn (+) / Verlust (-)	- 30'975.31	+ 25'724.73
Veränderung Rückstellungen	20'584.71	- 4'416.84
Cashflow (+) / Cashloss (-)	- 10'390.60	+ 21'307.89

Bilanz per 30. September 2010
(mit Vorjahresvergleich)

(in CHF)	Bilanz 30.9.2010	Bilanz 30.9.2009
Umlaufvermögen		
Kassa	44.80	17.65
Postcheck	35'460.78	66'121.59
Zürcher Kantonalbank - Depositenkonto	4'277.09	76'308.15
Zürcher Kantonalbank - Sparkonto	131'504.90	161'052.10
Zürcher Kantonalbank - Festgeld	0.00	0.00
Diverse Debitoren	4'476.00	3'517.85
Transitorische Aktiven	2'100.00	2'200.00
Anlagevermögen		
Depositenkonto WOGENO	78'140.65	76'921.90
Mobilien + Einrichtung	1'000.00	3'000.00
Beteiligungen	0.00	
Aktiven	257'004.22	389'139.24
Fremdkapital		
Diverse Kreditoren	1'734.20	15'911.82
Transitorische Passiven	15'100.00	16'200.00
SAH-Personal-Solifonds	0.00	106'466.80
Rückstellungen Aktionen		
BV 3/09 - Indonesien	0.00	25'211.50
Hongkong - IMWU	24'445.00	8'410.35
1. Mai - Honduras	23'823.65	
Kolumbien - San José de Apartadó	2'950.00	
Aktionskasse	5'277.24	69'400.69
BV 2/10 - Philippinen	55'072.84	
BV 3/10 - Peru	10'103.52	
Rückstellungen allgemein		
Informationsarbeit	33'226.19	33'226.19
Recherchierfonds Schweiz - Südafrika	10'621.80	8'686.80
Stiftungsvermögen (Eingangsbilanz)	105'625.09	79'900.36
Jahresergebnis	- 30'975.31	25'724.73
Eigenkapital	74'649.78	105'625.09
Passiven	257'004.22	389'139.24

Die Personalkosten und der Betriebsaufwand konnten im Rahmen des Budgets gehalten werden und sanken gegenüber dem Vorjahr gar leicht.

Während die Beitragsversprechen und zweckgebundenen Einzelspenden wie erwähnt zurückgingen, bewegen sich die freien Spenden auf Vorjahresniveau. Erfreulicherweise durfte der SOLIFONDS wiederum auf die zweckgebundene Unterstützung von Institutionen zählen. So hat der Personalsolifonds des SAH insgesamt 43'000 Franken zur Verfügung gestellt. Die Berti Wicke-Stiftung überwies 20'000 Franken und die AG SOLIDAR in Sursee 10'000 Franken, und die Stiftung GlobalLokal hat 25'000 Franken zugunsten der Aktionskasse gespendet. Erwähnen möchten wir auch die Spende von Fr. 2'000 der Zürcher Wohnbaugenossenschaft WOGENO zugunsten der Obdachlosenbewegung in São Paulo.

Das hohe Defizit kann – auch dank des guten Vorjahresabschlusses – zulasten des Stiftungsvermögens getragen werden. Es stellt aber gleichzeitig eine grosse Herausforderung an den SOLIFONDS für das kommende Jahr dar. So muss es gelingen, die Einnahmen aus den Beitragsversprechen und den Einzelspenden zu erhöhen. Dazu hofft der SOLIFONDS, weiter auf seine treuen UnterstützerInnen zählen zu können sowie neue SpenderInnen von der Wichtigkeit der konkreten, internationalen Solidaritätsarbeit überzeugen zu können.

Eine Bemerkung zur Bilanz: Die Bilanzsumme ist markant zurückgegangen. Der Grund liegt darin, dass die Gelder des SAH-Personalsolifonds (106'466.80), die vom SOLIFONDS treuhänderisch verwaltet werden, in ein eigenes Depositenkonto überwiesen und damit aus der SOLIFONDS-Bilanz ausgegliedert worden sind.

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, Neuenburg (SOLIFONDS)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (SOLIFONDS) für das am 30. September 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

Gelterkinden, 27. Oktober 2010

BERO Treuhand AG, Roland Laube, Dipl. Wirtschaftsprüfer

Beitragsversprechenden, Spenderinnen und Spendern sowie den erwähnten Institutionen sei an dieser Stelle auch im Namen unserer Partnerorganisationen ganz herzlich gedankt.

Wie finanziert der SOLIFONDS seine Unterstützungsaktionen?

Der SOLIFONDS bezieht keine staatlichen Gelder, sondern finanziert seine Unterstützungsaktionen ausschliesslich durch private Spenden. Im Detail sind dies:

Beitragsversprechen : im Voraus fest zugesicherte Spenden, die der Stiftungsrat dreimal im Jahr für eine bestimmte Aktion abrufen. Sie sind das wichtigste «Instrument» des SOLIFONDS, weil sie ihm erlauben, rasch auf dringende Unterstützungsgesuche zu reagieren. Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen! (siehe Talon unten)

Spenden ergänzen die Beitragsversprechen. Sie sind je nach Wunsch der/des Spendenden zweckbestimmt oder zur freien Verfügung.

SAH-Personalsolifonds : Ein Teil der SAH-Angestellten zahlt freiwillig ein Lohnprozent in den Personalsolifonds. Daraus werden heute Projekte des SAH («International» und «Migration») sowie Aktionen des SOLIFONDS finanziert.

Ausserdem erhält der SOLIFONDS punktuell Beiträge von **befreundeten Stiftungen** für spezifische Aktionen.

Der SOLIFONDS ist eine gemeinnützige Organisation. Spenden können von den Steuern abgezogen werden. Der SOLIFONDS ist als gemeinnützige Organisation anerkannt und damit von der Steuerpflicht befreit (StHG, Art. 23 Abs. 1 Bst. f.). Die zuständigen Behörden des Kantons Neuchâtel (Sitzkanton des SOLIFONDS, Fonds de solidarité pour la lutte de libération sociale dans le tiers monde, so die offizielle Bezeichnung) haben dies 2005 bestätigt. Seit 2006 das «Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden» (StHG) in Kraft trat, sind Spenden an den SOLIFONDS in allen Kantonen abzugsfähig. Für Ihre Spenden ab 100 Franken im Jahr 2010 erhalten Sie von uns Anfang 2011 automatisch eine Bestätigung zuhanden der Steuerbehörden.

Helfen Sie uns, den SOLIFONDS bekannt zu machen.

Eine einfache Sache:

Bestellen Sie die nebenstehende Karte in so vielen Exemplaren, wie Sie benötigen, und geben Sie sie an Freundinnen und Freunde, Bekannte, Familienmitglieder und in Ihrer Nachbarschaft weiter.



Wer verändert die Welt, wenn nicht die betroffenen Menschen?

Für die Solidarität mit sozialen Befreiungskämpfen:
SOLIFONDS



Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen!

In vielen Fällen, beispielsweise bei einem Streik, bei Landbesetzungen oder bei Verhaftungen, muss der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch auf Anfragen reagieren können. Dazu brauchen wir möglichst viele Beitragsversprechen: im Voraus zugesagte Spenden, die bei Bedarf maximal drei Mal pro Jahr durch den Stiftungsrat abgerufen werden können. So wissen Sie immer, wofür Ihre Spende verwendet wird.

Ich unterzeichne ein Beitragsversprechen und verpflichte mich, auf Abruf für eine Aktion Fr. _____ einzuzahlen.
(Maximal drei Mal pro Jahr. Gilt für zwei Jahre)

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, Unterschrift _____